

# «Die Steuern permanent senken»

**Steuerdiskurs** Finanzprofessor will damit erreichen, dass die Staatsquote in der Schweiz nicht weiter ansteigt

**Reiner Eichenberger will permanente Steuersenkungen, damit die Staatsquote stabil bleibt. Der Finanzpolitiker Urs Hofmann entgegnet, massgebend sei, dass der Staat seine Aufgaben wahrnehmen können, ohne sich zu verschulden. Eine Kontroverse.**

MATHIAS KÜNG

Bund und Kantone stehen derzeit finanziell gut da. Die Staatsverschuldung war 2007 gar rückläufig. Die schwarzen Zahlen sind auf zurückhaltende Ausgabenpolitik und gute Konjunktur zurückzuführen. Bei den Kantonen kommt ein Sondereffekt dazu: Die von der Nationalbank an sie ausbezahlten 14 Goldmilliarden wurden fast überall zur Schuldentilgung eingesetzt, womit die Schuldzinsen sanken.

## Abstimmung über Steuerfuss?

Damit die Ausgabenpolitik so zurückhaltend bleibt, fordert Reiner Eichenberger, Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Freiburg, die Stärkung des Finanzreferendums auf kantonaler Ebene (ein Anlauf zur Einführung auf Bundesebene wurde vom Parlament gerade abgelehnt). Referenden sollten schon für Projekte ab höchstens 2-3 Millionen zulässig sein, wohingegen heute viele Kantone noch Hürden von 20 und mehr Millionen kennen. Ebenso fordert er die Möglichkeit einer jährlichen Abstimmung über den Steuerfuss. Eichenberger: «Der Ausbau der direktdemokratischen Kontrolle im Finanz- und Steuerbereich bewirkt eine zurückhaltendere Ausgaben- und Steuerpolitik der öffentlichen Hand und drückt auch die Verschuldung nach unten.»



**REINER EICHENBERGER** Kritik auch an «konfiskatorischer Vermögensbesteuerung». SUSI BODMER

Der Aargauer SP-Nationalrat und Finanzpolitiker Urs Hofmann verweist darauf, dass der Forderung nach dem kantonalen Finanzreferendum in der Aargauer Kantonsverfassung schon längst nachgekommen worden ist. Hofmann: «Wir kennen das Finanzreferendum bei einmaligen Ausgaben ab 5 Millionen Franken und bei wiederkehrenden ab 500 000 Franken.» Die praktische Bedeutung des Finanzreferendums sei klein geblieben. Das einzige Beispiel der letzten Jahre ist das Referendum der SVP gegen den Bahnhofneubau Aarau, das vom Volk wuch-

tig verworfen wurde. Hofmann: «Ein Bedarf nach einer Ausdehnung des Finanzreferendums besteht im Aargau nicht. Über die kommunalen Steuerfusse kann im Aargau ohnehin jährlich abgestimmt werden. Auf kantonalen Ebene ist die Obergrenze sogar im Gesetz festgelegt. Da beim Kanton der Anteil der Fixkosten hoch ist (Löhne, Spitäler etc.), braucht es stabile Einnahmen. Es ist deshalb vernünftig, dass der Grosse Rat abschliessend über allfällige Steuererrabatte entscheiden kann.»

Damit die Staatsquote nicht weiter steigt, fordert Eichenberger auf allen drei Staatsebenen permanente Steuersenkungen – und zwar über den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleich der kalten Progression hinaus. Eichenberger: «Auch nach Abzug



**URS HOFMANN** «Eichenbergers Vorschlag bringt für Normalverdiener Mehrausgaben.» PATRICK LÜTHY

der Inflation bleiben den Steuerpflichtigen dank gutem Wirtschaftswachstum im Durchschnitt real höhere Löhne. Wegen der Steuerprogression müssen sie aber überproportional mehr Steuern zahlen. Damit steigt die Staatsquote.» Mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sollten nach Eichenberger die Staatsausgaben wenn möglich unterproportional, allerhöchstens aber parallel mitwachsen, «aber ganz sicher nicht mehr». Deshalb seine Forderung: «Die Steuern auf allen drei Staatsebenen permanent senken, damit die Staatsquote stabil bleibt.»

Auch hier sieht Urs Hofmann ganz andere Prioritäten. Hofmann: «Massgebend ist nicht eine abstrakte Steuerquote. Diese allein sagt über das frei ver-

fugbare Einkommen nichts aus. Vielmehr muss sichergestellt werden, dass der Staat die durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den Gesetzen vorgegebenen Aufgaben finanzieren kann, ohne sich zu verschulden.» Von permanenten Steuersenkungen, wie sie Eichenberger fordert, profitierten primär Grossverdiener, kritisiert Hofmann, während die Steuerpflichtigen mit kleinen und mittleren Einkommen davon kaum etwas spürten. Er hat ein anderes Ziel: «Gute Dienstleistungen mit möglichst wenig Steuern. Eichenbergers Vorschlag entlastet die Reichen und bringt für die Normalverdiener unterm Strich Mehrausgaben durch höhere Gebühren und einen Abbau der staatlichen Dienstleistungen.» Sinnvoll wären, soweit dies von der Einnahmenseite her möglich ist, laut Hofmann, gezielte Steuerentlastungen für die Familien des Mittelstandes, zumal es – entgegen der pauschalen Feststellung von Eichenberger – leider nicht zutrifft, dass deren Löhne in den letzten Jahren spürbar über die Teuerung hinaus angewachsen sind.

## Eichenberger: «Bei hoher Inflation landen alle im Minus»

Eichenberger sieht weiteren Handlungsbedarf. Er kritisiert eine «konfiskatorische Vermögensbesteuerung». Eichenberger: «Wer als Normalbürger sein Vermögen in einem gemischten Obligationen-Aktienportefeuille gut anlegt, erzielt über einen grösseren Zeitraum realistisch eine Rendite von 2,5

bis 3 Prozent, so etwa wie die gesetzliche Mindestverzinsung der Pensionskassengelder. Davon geht bei einem Gesamteinkommen von 100 000 Franken rund ein Drittel als Steuer an den Staat. Bleiben nominal 1,5 bis 2 Prozent Ertrag. Dazu kommt die Vermögensbesteuerung von bis zu 1 Prozent, wonach 0,5-1 Prozent Nominalertrag übrig bleiben. Zieht man die Inflation ab (2007 betrug sie 0,7 Prozent), bleibt ein Vermögen also bestenfalls gleichbleibend. Bei etwa 150 000 Franken Einkommen steigt die Steuerlast in den meisten Kantonen schnell gegen 40 Prozent und mehr. So schmilt das Vermögen vieler Bürger, wenn sie ganz normal die Steuern zahlen.» Wenn die Inflation wieder steigt, «landet die grosse Mehrheit im Minus», so Eichenberger. Er fordert deshalb eine Vereinfachung und Zusammenlegung von Kapitalertrags- und Vermögenssteuer in einer Soll-Ertragssteuer nach dem Beispiel der «Easy Swiss Tax».

## Hofmann: «Keine Rede von konfiskatorischer Besteuerung»

Von einer konfiskatorischen Besteuerung könne keine Rede sein, entgegnet Hofmann. Mit den Vermögensfreigrenzen werde sichergestellt, dass kleinere Vermögen nicht besteuert werden. Hofmann: «Die Vermögenssteuern für hohe Vermögen hingegen sind eine logische Folge der fehlenden Kapitalgewinnsteuern in der Schweiz. Gerade deren Eigentümer haben zahllose Möglichkeiten zur Steueroptimierung. Allen bekannt sind die Multimillionäre ohne Einkommen. Hier ist eine Vermögensbesteuerung notwendig, um dem verfassungsmässigen Gebot der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Rechnung zu tragen.» Die von der FDP vorgeschlagene Soll-Ertragssteuer würde für Hofmann zu neuen Ungerechtigkeiten führen: Während der durchschnittliche Steuerpflichtige für seine Ersparnisse einen Ertrag versteuern müsste, den er, so Hofmann, «auf dem Sparkonto oder mit Kassenobligationen gar nicht erwirtschaftet, würden die hohen Gewinne auf grossen Vermögen viel zu tief erfasst». Er fordert: «Die einseitige Vermögensverteilung in unserem Land darf durch eine ungerechte Steuerpolitik nicht noch verstärkt werden!»

## 2007 war für Bund und Kantone ein gutes Jahr

### BUND UND KANTONE IN ZAHLEN

	Budget 07	Rechnung 07		Budget 07	Rechnung 07
Eidgenossensch.	+918 Mio.	+4,1 Mrd.	Schaffhausen	+4,2 Mio.	+26,4 Mio.
Zürich	-287 Mio.	+438 Mio.	Appenzell A.Rh.	-0,3 Mio.	+17,7 Mio.
Bern	+25 Mio.	+399 Mio.	Appenzell I.Rh.	-1,9 Mio.	+0,05 Mio.
Luzern	+/-0 Mio.	+197 Mio.	St. Gallen	-3,5 Mio.	+132 Mio.
Uri	+7,1 Mio.	+38,8 Mio.	Graubünden	+38,6 Mio.	+50,1 Mio.
Schwyz	-32,3 Mio.	+61,5 Mio.	Aargau	+5,8 Mio.	+49 Mio.
Obwalden	-0,064 Mio.	+1,9 Mio.	Thurgau	-10 Mio.	+39 Mio.
Nidwalden	+1,7 Mio.	+11,2 Mio.	Tessin	-170 Mio.	-31 Mio.
Glarus	+1,2 Mio.	+2,3 Mio.	Waadt	+11 Mio.	+274 Mio.
Zug	+6,9 Mio.	+162,2 Mio.	Wallis	+24,5 Mio.	+97,4 Mio.
Freiburg	+1,0 Mio.	+73,6 Mio.	Neuenburg	-43,2 Mio.	+14,9 Mio.
Solothurn	+27 Mio.	+76,7 Mio.	Genf	-191 Mio.	+786 Mio.
Basel-Stadt	+60,7 Mio.	+378,6 Mio.	Jura	5,5 Mio.	+0,045 Mio.
Basel-Land	-9 Mio.	+22,5 Mio.			

Quelle: Die Volkswirtschaft, Kantonale Staatsrechnungen

Die Neunzigerjahre waren für Finanzminister auf kantonaler und nationaler Ebene eine defizitgeplagte Zeit. Am schlimmsten war 1993. Bund, Kantone und Gemeinden häuften in jenem Jahr ein Gesamt-Defizit von rund 17 Milliarden Franken an. Ab 1999 ging es deutlich besser. 2003/2004 gab es allerdings nochmals kräftige Minuszahlen. 2006 schlossen die drei Staatsebenen Bund, Kantone und Gemeinden allerdings mit einem schönen Gesamtplus von 9,4 Milliarden Franken ab. 2007 kamen allein Bund und Kantone auf **über 7 Milliarden Franken Überschuss** (die Gemeindezahlen fehlen noch). Wie die nebenstehende Tabelle zeigt, landete am Schluss aber nur noch der Kanton Tessin in den roten Zahlen. Das schuldengeplagte **Genf** überraschte mit einem

saftigen Überschuss. Zu berücksichtigen ist bei diesen Daten, dass der Kanton **Basel-Stadt** zur Ausfinanzierung der Pensionskasse eine zusätzliche Rückstellung von 1,015 Milliarden Franken vornehmen musste. Weitere Deutschschweizer Kantone planen Steuersenkungen, etwa **Schwyz** und **Luzern**. Niedrigere Steuern glauben sich jetzt auch **Genf** und **Waadt** erlauben zu können. Doch die Finanzverantwortlichen der drei Staatsebenen waren für 2008 auch angesichts der Finanzkrise vor zu grossen Erwartungen. Sie rechnen laut neusten Angaben des Eidgenössischen Finanzdepartements EFD vorsichtig mit einem Gesamtdefizit von 5,57 Milliarden Franken. Bleibt die Hoffnung, dass sie wie schon 2007 die Einnahmentwicklung unterschätzt haben. (MKU)

### Nachrichten

## Bürgerliche gegen SVP-Initiative

Ein bürgerlich-liberales Komitee aus Vertretern der CVP, EVP und Grünliberalen empfiehlt die Einbürgerungsinitiative der SVP zur Ablehnung und fordert «Fairness statt Willkür». Es gehe bei der Abstimmung am 1. Juni darum, der Verfassung zu mehr Respekt zu verhelfen und Einbürgerungswilligen gewisse rechtsstaatliche Minimalgarantien zu gewähren, sagten Vertreter des Komitees gestern in Bern. Das Komitee, dem unter anderem der Uner CVP-Ständerat Hansheiri Inderkum angehört, setzt auf den indirekten Gegenvorschlag in Form einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes, der vom Parlament bereits genehmigt wurde und bei einem Nein des Stimmvolks zur SVP-Initiative an der Urne in Kraft tritt. Eine Annahme der Initiative würde hingegen eine «fiese Ausgrenzung im Dunkel der Anonymität» erlauben und keinesfalls zur Lösung von Problemen wie Jugendgewalt oder IV-Missbrauch beitragen, sagte der Berner EVP-Nationalrat Walter Donzé. (AP)

Widmer-Schlumpf **BA verzichtet auf Verfahren gegen SVP-Leute**  
Die Bundesanwaltschaft (BA) hat beschlossen, der Anzeige des Schaffhauser FDP-Kantonsrats und Rechtsanwalts Gerold Meier keine Folge zu geben. Meier hatte Anzeige gegen Verantwortliche der SVP erstattet wegen deren Umgang mit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf. Der eingeklagte Sachverhalt sei mangels tatbestandsmässiger und rechtswidriger Nötigung beziehungsweise eines entsprechenden Versuchs dazu nicht strafbar, teilte die BA gestern mit. (AP)

Euro 08 **Ziviler Luftverkehr wird wegen Drohnen eingeschränkt**  
Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) hat für den allfälligen Drohneinsatz an der Euro 08 so genannte Zufuhrfluräume mit Einschränkungen für den zivilen Luftverkehr belegt. Dies ist nötig, damit die Drohnen von den Militärflugplätzen in die Lufträume über Basel, Bern und Zürich einfliegen können, wie das Bazl gestern mitteilte. Die Einschränkungen gelten für sämtliche Spielzeuge in der Schweiz und in Österreich. (AP)

INSERAT



Jahr für Jahr werden mehr und mehr Ausländer eingebürgert. Jedes Jahr so viele, wie die Stadt Luzern Einwohner hat. Und die Gerichte wollen, dass die Einbürgerung noch mehr erleichtert wird! Die Folgen? Immer mehr Kriminelle und Sozialhilfemisbraucher werden eingebürgert. Und: Bald bestimmen die eingebürgerten Ausländer an der Urne über die Schweiz!

Jetzt ist genug: Die Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» stoppt diese Masseneinbürgerungen. Sie will, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden wieder frei über Einbürgerungen entscheiden. Denn das Schweizer Volk muss selber entscheiden können, wer Schweizer werden soll.

[www.einbuengerungen.ch](http://www.einbuengerungen.ch)

Darum: **JA** zur Einbürgerungs-Initiative

**JA**

SVP Schweiz, Postfach 8252, 3001 Bern

